

AUSGABE 5 | 2022

STÄDTETAG AKTUELL



Inhalt

IM BLICKPUNKT

Städte brauchen mehr
Innovationskraft für Sportstätten

Rückschau: Tag der
Städtebauförderung

Ergebnisse der Steuerschätzung

AUS DEN STÄDTEN

Bunte Sitzmöbel für Wolfsburg

Nachhaltigkeitswoche in
Regensburg

FORUM

Umparken: Den öffentlichen Raum
gerechter Verteilen

Initiative „Kein Schlussstrich!“ erinnert
an den NSU-Komplex

Neue Stadtbahnen für Bonn

FACHINFORMATIONEN

PERSONALIEN

Städte brauchen mehr Investitionskraft für Sportstätten

Bewegung und soziale Erlebnisse schaffen hohe Lebensqualität in den Städten. Der Sport bringt beide Faktoren zusammen. Für attraktive Sportangebote braucht es moderne Sportanlagen – das macht der Deutsche Städtetag in seinem neuen Grundsatzpapier „Kommunale Sportpolitik und Sportförderung“ deutlich.

Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy unterstrich anlässlich der Veröffentlichung des Papiers Mitte Mai: „Sport- und Bewegungsräume in unseren Städten dürfen nicht im Abseits stehen. Wir wollen den neuen Sportgewohnheiten der Menschen mehr Raum geben. Und wir wollen den Klimaschutz auch in unseren Sportstätten voranbringen. Damit beides gelingt, brauchen wir einen Schub für Neubau, Modernisierung und ökologische Sanierung von Sporthallen, Stadien und Schwimmbädern. Bund und Länder müssen aufzeigen, wie das in den nächsten Jahren gelingen kann. Ziel muss ein Sportstätteninvestitionsprogramm sein. Der Nachholbedarf ist groß. Deshalb brauchen die Kommunen klare finanzielle Perspektiven, damit sie stärker in ihre Sportanlagen investieren können. Nur so können wir dem gesamtgesellschaftlichen Nutzen des Sports gerecht werden.“

Aktuell belaufen sich die Sanierungsbedarfe allein bei den kommunalen Sportstätten auf 20 Milliarden Euro, weitere 11 Milliarden fallen bei den vereinseigenen Anlagen an.

Grundsätzlich müsse der Sport mehr Wertschätzung erfahren. Nach zwei Jahren Pandemie sei es wichtiger denn je, Menschen in Bewegung zu bringen, machte Dedy klar: „Die Gesellschaft verändert sich und so auch der Sport. Die Städte planen daher sehr genau ihre kommunale Sportpolitik. Wir sind Sportförderer Nummer 1 in Deutschland. Individueller Sport im Park und auf öffentlichen Plätzen ist heute selbstverständlich, für die Trainingsrunde in der Mittagspause gibt es immer mehr Fitnessgeräte unter freiem Himmel. Gleichzeitig sind Städte und Sportvereine wichtige Partner, um noch mehr Menschen in Bewegung zu bringen. Das geht zum Beispiel, wenn wir Sportstätten digital verwalten und für die verschiedenen Nutzungen öffnen. Und auch rechtlich muss sich etwas bewegen: Kinderlärm von Sportplätzen darf nicht länger als störende Umwelteinwirkung gelten.“

Für eine sportfreundliche Stadt hat der Deutsche Städtetag zentrale Anforderungen und Empfehlungen für die kommunale

Positionen des Deutschen Städtetages

Wettkampf im Lohrheidestadion in Wattenscheid (Foto: Stadt Bochum, Lutz Leitmann)



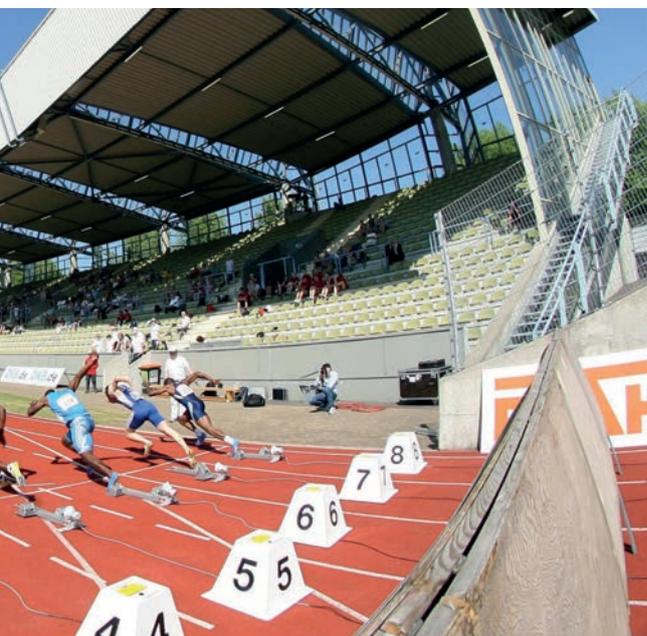
Sportpolitik und Forderungen an den Gesetzgeber aufgestellt:

Der Sport benötigt Fläche, um die im urbanen Raum eine große Konkurrenz besteht. Wohnortnahe Sport- und Bewegungsmöglichkeiten müssen sichergestellt werden. Sportentwicklung und Stadtentwicklung müssen Hand in Hand gehen. Der Gesetzgeber muss dringend nachbessern, damit Kinder wohnortnah Sport treiben können. Kinder sind beim Sport nicht immer leise. Deshalb ist es richtig, dass Kinderlärm auf Spielplätzen und Kitas nicht als schädliche Umwelteinwirkung gilt. Für Kinderlärm von Sportplätzen gilt diese Ausnahme bisher aber nicht. Deshalb fordern wir, die Sportanlagenlärmschutzverordnung zu reformieren. Die Digitalisierung schafft Mehrwerte für die Aktiven, die Sportvereine und die Sportverwaltungen. Sportlerinnen und Sportler erwarten digitale Services. Zum Beispiel müssen Sportstätten auch am Rechner oder per App gebucht werden können. Deshalb muss die Arbeit der Sportämter umfassend digitalisiert werden.

Eine aktiv betriebene Sportpolitik ist wichtig, um nach zwei Jahren Pandemie wieder mehr Menschen zur Bewegung anzuregen und den organisierten Sport zu stützen. Die in

Schieflage geratenen Sportvereine müssen mit einem Neustart-Programm unterstützt werden. Diese Ankündigung des Koalitionsvertrages muss rasch umgesetzt werden. Die Ampel-Parteien haben in ihrem Koalitionsvertrag eine Offensive für Investitionen in Sportstätten von Kommunen und Vereinen angekündigt. Dem müssen nun Taten folgen. Es muss ein langfristiges angelegtes und angemessen dimensioniertes Förderprogramm aufgestellt werden.

➔ <https://t1p.de/PoPa-Sport>



TITELFOTO

Vor 150 Jahren fuhr die erste Tram durch Frankfurt am Main.

Am Pfingstsonntag, den 19. Mai 1872 sei das gewesen, so steht es in den Geschichtsbüchern. Oberleitungen gab es da noch nicht - die Tram wurde von einem Pferd gezogen. Neben Jubiläumsfeierlichkeiten und einer historischen Rückschau (➔ t1p.de/strassenbahn150) kümmert sich die städtische Verkehrsgesellschaft aktuell darum, Nutzerinnen und Nutzer des 9-Euro-Tickets zu transportieren und mehr Fahrgäste für einen klimafreundlichen und modernen ÖPNV zu gewinnen.

Städtetags-Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy wünschte sich angesichts des Starts des 9-Euro-Tickets mehr Engagement von Bund und Ländern für den ÖPNV: „Das 9-Euro-Ticket muss der Startschuss sein, um massiv in den öffentlichen Nahverkehr zu investieren. Ein Ausbau- und Modernisierungspakt wäre ein sichtbares Signal.“

(Foto: VGF)

„Wir im Quartier“ – Rückschau auf den bundesweiten Tag der Städtebauförderung

Unter dem Motto „Wir im Quartier“ feierten am 14. Mai 2022 überall in Deutschland Städte und Gemeinden den Tag der Städtebauförderung. Mehr als 565 Städte und Gemeinden zeigten an dem Aktionstag Stadt- und Ortsteilzentren und attraktive Quartiere, die sie mit Mitteln der Städtebauförderung und unter Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger neu geschaffen

hatten. Wohl fast überall befördern diese Projekte ein gutes Zusammenleben in lebendigen Nachbarschaften und zeigen Möglichkeiten, wie Jede und Jeder sich an der Entwicklung der eigenen Stadt beteiligen kann.

Markus Lewe, Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Münster, ist deshalb auch voll des Lobes für diese Entwicklung: „Die Städte gestalten ihren Wandel mit viel Mut, Neues auszuprobieren. Dabei hilft die Städtebauförderung sehr erfolgreich als Gemeinschaftsinitiative von Bund, Ländern und Kommunen. Gemeinsam werden aus kreativen Ideen echte Veränderungen in den Kommunen. Die Städtebauförderung ist ein lernendes System, das neue Herausforderungen in gemeinsamer Verantwortung aufgreifen und sich anpassen muss, wie den Klimawandel, die Digitalisierung oder die Verfügbarkeit von Ressourcen. Nur so können auch zukünftig Projekte erfolgreich, wirksam und zügig vor Ort umgesetzt werden.“

In der Hanse- und Universitätsstadt Rostock weihten Bundesbauministerin Klara Geywitz, Christian Pegel, Bauminister von Mecklenburg-Vorpommern, und Rostocks Oberbürgermeister Claus Ruhe Madsen gemeinsam bei einem Quartiersfest den neuen Bürgerpark Toitenwinkel ein. Der Park bietet 14.000 Menschen eines Stadtteils viele Möglichkeiten für Sport, Spiel und Begegnung. Er entstand mit Mitteln der Städtebauförderung, und Bewohnerinnen und Bewohner von Rostock gestalteten ihn mit ihren Ideen mit. Claus Ruhe Madsen dankte Bund und Land für die Unterstützung: „Durch die Städtebauförderung können wir viel Gutes tun, das den Menschen unmittelbar in ihrem Lebensumfeld zugutekommt. Wenn wir ein attraktives Umfeld schaffen, engagieren sich auch die Wohnungsgesellschaften und weitere private Investoren. Es bleibt unser gemeinsames Ziel, die Stadtentwicklung nachhaltig und menschenfreundlich zu gestalten.“

Städtebauförderung des Bundes und der Länder

Seit 1971 ist die Städtebauförderung als gemeinschaftliche Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen ein erfolgreiches innen- und kommunalpolitisches Instrument und wichtige Finanzierungsgrundlage der städtischen Erneuerung. Sie unterstützt die Kommunen dabei, den baulichen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Herausforderungen zu begegnen.

12.100 Gesamtmaßnahmen wurden im Zeitraum von 1971 bis 2021 gefördert – in rund 4.000 Kommunen bundesweit. Allein der Bund hat seit 1971 ca. 19,6 Milliarden Euro investiert und auch 2022 sind erneut 790 Mio. Euro Bundesmittel vorgesehen.

Die Städtebauförderung fußt auf den Programmen „Lebendige Zentren – Erhalt und Entwicklung der Orts- und Stadtkerne“, „Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten“ sowie „Wachstum und nachhaltige Erneuerung – Lebenswerte Quartiere gestalten“.

Weitere Informationen:

➤ www.tag-der-staedtebaufoerderung.de

➤ www.staedtebaufoerderung.info

➤ www.instagram.com/staedtebaufoerderung



Tag der Städtebauförderung
und Übergabe des Bürgerparks
Toitenwinkel in Rostock
(Fotos: Ove Arscholl)

Die Städtebauförderung hat in Rostock seit 1991 viel bewegt: Mit Finanzhilfen von Bund, Land und Kommune konnte „Altes“ behutsam bewahrt werden und „Neues“ sich nahtlos in die Stadtstrukturen einfügen. Wohngebäude, Kitas, Schulen, Sportplätze sowie Straßen und Plätze wurden saniert, viele Grünflächen und Spielplätze entstanden neu und historische Substanzen wurden erhalten. Seit 1991 stellte allein der Bund rund 125 Millionen Euro für die Städtebauförderung in Rostock bereit. Klara Geywitz, Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen: „Ob es um bezahlbares Wohnen, den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel oder die Integration neuer Nachbarn geht, mit der Städtebauförderung wird sozialer Zusammenhalt in ganz Deutschland gestärkt. Als Bund unter-

stützen wir mit unseren Programmen ganz konkret da, wo Transformationsprozesse die Kommunen belasten. Vielerorts können wir zu Recht stolz auf die gut erhaltene Bausubstanz und lebendige Zentren sein. Ohne die Städtebauförderung wäre vieles davon verloren gegangen. Für den sozialen Zusammenhalt in unserem Land braucht es sie mehr denn je.“

Der Tag der Städtebauförderung ist eine gemeinsame Initiative von Bund, Ländern, Deutschem Städtetag und Deutschem Städte- und Gemeindebund. Er findet einmal im Jahr statt – 2022 erstmals seit Pandemiebeginn wieder mit einer zentralen Auftaktveranstaltung in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock.

Steuerschätzung: Inflation und steigende Kosten fressen Zugewinne auf

Der Arbeitskreis Steuerschätzungen erwartet für die Städte und Gemeinden eine Steigerung ihrer Steuereinnahmen um 0,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Für den Bund werden Einnahmesteigerungen von 10,1 Prozent erwartet, für die Länder Steigerungen in Höhe von 5,6 Prozent.

Zu den Ergebnissen der Steuerschätzung sagt Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages am 12. Mai:

„Die Steuereinnahmen entwickeln sich weiterhin stabil – trotz der Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine. Das ist die gute Nachricht.“

Helmut Dedy
Hauptgeschäftsführer
des Deutschen Städtetages.

„Die schlechte Nachricht ist aber: Das prognostizierte Mehr an Steuereinnahmen steht nur auf dem Papier. Der Bund erwartet eine Inflationsrate von 6,1 Prozent für 2022. Gerade in den für Kommunen zentralen Bereichen wie der Bauwirtschaft oder der Energie liegen die Preissteigerungen noch deutlich höher. Die Inflation und steigende Kosten fressen die Zugewinne geradezu auf. Daher sinken real im Jahr 2022 die Steuereinnahmen der Städte und Gemeinden – anders als beim Bund.“

Die vorliegende Steuerschätzung birgt zu dem deutlich mehr Risiken als Chancen. So ist in der Schätzung beispielsweise nicht

berücksichtigt, dass es zu Lieferunterbrechungen beim Erdgas kommen könnte. Auch denkbare weitere Lieferkettenproblematiken aufgrund der Corona-Lage in China sind nicht einkalkuliert.

Zentrale Ergebnisse der Steuerschätzung für die Städte und Gemeinden

Der Arbeitskreis Steuerschätzungen prognostiziert für die Städte und Gemeinden im Jahr 2022 Steuereinnahmen in Höhe von 127,4 Milliarden Euro und im Jahr 2023 dann 133 Milliarden Euro. Damit werden die Steuereinnahmen der Städte und Gemeinden 2022 um 1,2 Milliarden Euro über dem Vorjahreswert liegen. Für 2022 werden 4,9 Milliarden Euro mehr prognostiziert als bei der letzten Steuerschätzung im November 2021 angenommen.

Die Gewerbesteuer ist die wichtigste eigene Steuer der Städte. Ihr Gesamtaufkommen wird 2022 voraussichtlich bei 61 Milliarden Euro liegen. Im Vergleich zum Vorjahr werden in der Summe wenig Veränderungen eintreten.

Weil der Vorjahreswert stark von Nachzahlungen für das Corona-Jahr 2020 geprägt war und diese von Stadt zu Stadt sehr unterschiedlich ausgefallen sind, werden auch die Änderungsraten in den einzelnen Städten sehr unterschiedlich ausfallen. Hinzu kommt: Viele absehbare, aber noch nicht beschlossene Gesetzesänderungen – wie zum Beispiel das Steuerentlastungsgesetz und verfassungsrechtlich zwingende Anhebungen des Grundfreibetrags bei der Einkommensteuer aufgrund der Inflation – sind in der Steuerschätzung nicht berücksichtigt.

Der Deutsche Städtetag wirkt für die Kommunen an der Steuerschätzung mit.

Bunte Sitzmöbel für Wolfsburger Innenstadt

Zwölf bunte Sitz- und Liegemöbel aus Polyethylen, sogenannte Enzos, sollen in Wolfsburg in direkter Nähe zum Kunstmuseum die Aufenthaltsqualität erhöhen. Neben mobilem Grün und Spielboxen sind die Möbel Teil des Sofortprogrammes Perspektive Innenstadt von Stadt, Wolfsburger Wirtschaft und Wolfsburger Marketing GmbH (WMG). Über Gefallen oder Nicht-Gefallen können die Menschen per App abstimmen.



Foto: WMG Wolfsburg

Nahmen die Enzos in Beschlag: (von links) Oberbürgermeister Dennis Weilmann, Jens Hofschröder (WMG), Stadtbaurat Kai-Uwe Hirschheide, Ortsbürgermeister Erich Schubert und Otmar Böhmer (Kunstmuseum).



Foto: Bundesstadt Bonn, Giacomo Zuicca

22 neue Stadtbahnen für Bonn und Umland

Die Bundesstadt Bonn und der Rhein-Sieg-Kreis wollen gemeinsam das Stadtbahnangebot weiterentwickeln, für kürzere Taktzeiten und für weniger CO₂-Emissionen sorgen. Dafür sollen nun 22 neue Stadtbahnen eines spanischen Herstellers angeschafft werden. Der Kaufpreis liegt im hohen zweistelligen Millionenbereich.

Regensburg: Nachhaltigkeitswoche mit 120 Veranstaltungen

„17 Ziele. Unsere Zukunft“ ist das Motto der der Nachhaltigkeitswoche in Regensburg mit mehr als 70 lokalen Initiativen, Unternehmen sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Das Programm vom 27. Juni bis zum 3. Juli 2022 bietet rund 120 Veranstaltungen. Organisatoren sind die Stadt Regensburg, das Netzwerk Nachhaltigkeit, die Energieagentur Regensburg, die Green Offices der Universität Regensburg und die Ostbayerische Technische Hochschule.

➔ <https://regensburger-nachhaltigkeitswoche.org>





Umparken – Den öffentlichen Raum gerechter verteilen

von Wolfgang Aichinger

Endlose Parkplatzsuche, zugeparkte Rad- und Gehwege, blockierte Feuerwehruzufahrten: In vielen Städten ist das Parken eines der brennendsten Themen der Verkehrspolitik. Während die Kfz-Zulassungen jedes Jahr steigen, nimmt der Straßenraum nicht zu. Parkraummanagement ist der zentrale Hebel für lebenswerte Städte und nachhaltige Mobilität. Nutzt die Kommunalpolitik dieses Instrument nicht, schadet das Autofahren genauso wie der Stadtgesellschaft insgesamt. Immer mehr Kommunen erkennen dies und beginnen, den öffentlichen Raum effizienter und gerechter zu verteilen.

Freie Parkplätze durch Gebühren

Kurzparkgebühren und Bewohnerparkausweise sorgen bei zu hoher Nachfrage dafür, dass es wieder mehr freie Parkplätze gibt. Dennoch wurden diese Instrumente lange

Zeit nur zögerlich angewendet: Die Gebühren blieben oftmals jahrzehntelang gleich, und Parkzonen wurden nur langsam erweitert.

Hamburg dehnt die Bewohnerparkgebiete nun deutlich aus, pro Jahr entstehen im Schnitt fünf neue Parkzonen. Für Pendlerinnen und Pendler wird es schwieriger, ihr Auto in zentralen Stadtteilen abzustellen – ein Anreiz, um beispielsweise auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen. Vor Ort, im Viertel bewirken die Gebühren, dass nur selten benutzte Fahrzeuge (sogenannte „Dauerparker“) an kostengünstigeren Standorten geparkt werden. Dieser Ansatz wird in Wien konsequent umgesetzt. Seit März 2022 ist dort das gesamte Stadtgebiet in Bewohnerparkzonen eingeteilt.

Eine wichtige Rechtsänderung betrifft die Gebühren für Bewohnerparkausweise.



Parkplatzsituation
in Berlin-Mitte
(Foto: Uwe Schippmann)

Erstmals seit 1993 können diese angepasst werden. Freiburg hat bereits beschlossen, die Gebühr auf künftig 360 Euro – also rund 1 Euro pro Tag – zu erhöhen. Dabei wird auch der Platzverbrauch berücksichtigt: für kleine Fahrzeuge ist der Ausweis günstiger (240 Euro), für große Fahrzeuge teurer (480 Euro).

Parkplätze zu Parks

Wo das Parkraummanagement funktioniert, sinkt der Parkdruck. Autofahrende finden leichter einen (gebührenpflichtigen) Parkplatz. Das belegen u.a. die Erfahrungen im Berliner Bezirk Mitte, wo die Auslastung von oft über 100 Prozent auf rund 90 Prozent gesunken ist. Doch die Bezirkspolitik will es dabei nicht belassen. Jeder vierte Parkplatz soll schon in den nächsten vier Jahren umgewandelt werden – um Platz zu schaffen für neue Bäume und Versickerungsflächen, Spiel- und Aufenthaltsbereiche oder auch Ladezonen und Parkplätze für E-Scooter und Fahrräder.

Parkplätze können auch unkompliziert in Flächen für die Außengastronomie verwandelt werden. Während dies in Köln oder Bonn bereits seit vielen Jahren üblich war, wurde andernorts diese Möglichkeit erst im Zuge der Corona-Pandemie geschaffen – darunter in Ulm, Stuttgart oder München. Dies hilft nicht nur der Gastronomie, sondern kann auch neue Aufenthaltsqualität,

Begrünung und Lebendigkeit in die Straßen bringen.

Wirksame Kontrollen

Lange Zeit wurden Parkverstöße nicht ernsthaft sanktioniert. Doch für die Sicherheit, den Verkehrsfluss und auch die Verfügbarkeit von Parkplätzen braucht es eine funktionierende Kontrolle. Erste Behörden kommen aus der Defensive – so etwa in Berlin Tempelhof-Schöneberg, wo das Bezirksamt bei einer Schwerpunktaktion auf Schulwegen über 350 Fahrzeuge abgeschleppt und 700 Anzeigen ausgestellt hat.

Doch diese Form der Kontrollen brauchen viel Personal. Einige Berliner Bezirke zeigen daher Interesse an einer digitalen Unterstützung der Parkkontrolle. Scan-Fahrzeuge sollen künftig feststellen, ob für ein Auto die Parkgebühr bezahlt wurde. Dadurch werden rund 2000 Kontrollen pro Stunde möglich.

In Summe ist Parkraumbewirtschaftung eines der wirkungsvollsten Mittel, um die Parkplatzverfügbarkeit für Autofahrende zu erhöhen – und gleichzeitig starke Anreize für die Verkehrswende zu setzen.

Wolfgang Aichinger
Projektleiter Städtische Mobilität,
Agora Verkehrswende

Initiative „Kein Schlussstrich!“ erinnert an den NSU-Komplex

Von Jonas Zipf und Dr. Michaela Stoffels

Erinnerungskultur in der Stadt dient der Orientierung in der Gegenwart und für die Zukunft. Sie hat das Potenzial, Menschenrechte und Zivilcourage in unseren Städten zu stärken. Damit geht sie weit über die Pflege von Gedenkriten hinaus. Dies zeigt die Initiative „Kein Schlussstrich!“. Durch Einbezug der Betroffenenperspektive wird der kommunale Erinnerungsdiskurs wesentlich erweitert. Die Auseinandersetzung mit den Wunden unserer Einwanderungsgesellschaft ermöglicht einen Dialog über die gesamte Stadtgesellschaft hinweg.

Im Herbst 2021 jährten sich die Morde des als „NSU-Komplex“ bekannt gewordenen rechten Terrornetzwerks zum 20. Mal. 60 Jahre zuvor hatten die Bundesrepublik Deutschland und die Türkei das sogenannte „Anwerbeabkommen“ unterzeichnet. Diese Jahrestage fallen in eine Zeit, in der sich Hass, Gewaltbereitschaft und Übergriffe auf Menschen mit Migrationsgeschichte in unserer Gesellschaft wiederum Bahn brechen.

Die Morde an Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, İsmail Yaşar, Habil Kılıç, Theodoros Boulgarides, Süleyman Taşköprü, Mehmet Turgut, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat und Michèle Kiesewetter stehen stellvertretend für zahllose Fälle, rechtsextremistischer Gewalt in Deutschland nach 1945. Längst ist nicht mehr zu leugnen, dass der NSU nicht als einzigartiges Phänomen rechter Gewalt eingeordnet werden kann. Spätestens seit den Morden in Halle, Kassel und Hanau muss von einer strukturellen Kontinuität rassistischen Denkens und Handelns gesprochen werden. Trotz langjähriger Prozesse und unzähliger Untersuchungsausschüsse konnte das Ausmaß des NSU-Komplexes bis dato nur unbefriedigend aufgedeckt werden. Empathie-



Aus dem Nichts. Schauspiel nach dem gleichnamigen Film von Fatih Akin. Aufgeführt am Theater Plauen-Zwickau im Rahmen von Kein!Schlussstrich (Fotos: André Leischner)



losigkeit und offener oder latenter Rassismus traumatisieren die Betroffenen bis heute.

„Kein Schlussstrich!“ setzt sich bundesweit das Ziel, die gesellschaftliche Aufmerksamkeit weg von den Täterinnen und Tätern, hin zu einem neuen erinnerungskulturellen Wissen über Rassismus sowie damit verbundener Empathie für Betroffene zu lenken. In den 15 Städten, in denen die Täter lebten, Unterstützung fanden und mordeten, vereinten sich Akteure, die sich der Aufarbeitung gestellt haben. Mit den Mitteln von Kunst und Kultur sowie durch aktive Beteiligung der Zivilgesellschaft ist es gelungen, in kreativen und bildungspolitischen Prozessen Sichtbarkeit herzustellen und sich dadurch mit den Betroffenen zu solidarisieren. Im Austausch zwischen den beteiligten Partnern wurden sichere (Diskurs-)Räume für die Erfahrungen von Rassismus betroffener Menschen geschaffen.

Verantwortlich ist der bundesweite Trägerverein „Licht ins Dunkel e.V.“. „Kein Schlussstrich!“ hat im vergangenen Jahr im Rahmen von über 700 gut besuchten Veranstaltungen eine gute Resonanz erfahren. Theaterinszenierungen, Ausstellungen und Konzerte, ebenso wie Lesungen und Workshops oder Interventionen im öffentlichen Raum haben zahlreiche Bürgerinnen und Bürger für den Umgang mit rechter Gewalt sensibilisiert. Gleichwohl zeichnet sich im Städtevergleich ein differenziertes Bild ab. In den Städten mit breiten Netzwerken (post-) migrantischer Communities fand das Programm größeren Anklang. Einige gesellschaftliche Abwehrreaktionen im Rahmen von Veranstaltungen verdeutlichen den Bedarf nach einer Verstärkung des gemeinsam Erreichten. Der Weg hin zu einer Sensibilisierung für rassistische Strukturen sowie zur transkulturellen Öffnung der Institutionen bleibt weit. Gleichwohl bietet das entstandene Netzwerk neue Möglichkeiten. Die Weiterentwicklung des kommunalen Erinnerungsdiskurses mit den

Mitteln von Kunst und Kultur zugleich die Chance politischer Bewusstseinsbildung. Dies sollte als gesamtstädtische Aufgabe betrachtet und in kommunale Bildungskonzepte integriert werden, um die lokale Demokratie nachhaltig zu stärken.

Jonas Zipf
Werkleiter von JenaKultur und
Vorstandsvorsitzender Licht ins Dunkel e.V.

Dr. Michaela Stoffels
Referentin für Kultur und Bildung beim
Deutschen Städtetag

Licht ins Dunkel e.V.

Der Trägerverein „Licht ins Dunkel e.V.“ ist ein Kooperationsnetz aus Theatern und Institutionen in 15 Städten. Mitglieder sind: ASA-FF e.V. in Sachsen, die Theater Chemnitz, das Dietrich-Keuning-Haus Dortmund (in Trägerschaft der Kulturbetriebe der Stadt Dortmund), das Landestheater Eisenach / Meininger Staatstheater, Kampnagel Hamburg, das Theater Heilbronn, JenaKultur, das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft Jena (in Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung), Theaterhaus Jena, Staatstheater Kassel, Schauspiel Köln, Münchner Kammerspiele und Real München e.V., Staatstheater Nürnberg, Theater Plauen-Zwickau, Volkstheater Rostock, Theater Rudolstadt, Deutsches Nationaltheater und Staatskapelle Weimar. Hinzu kommen eine Reihe enger Kooperationspartner, darunter das Maxim-Gorki-Theater Berlin, die Achava Festspiele Thüringen, das Kunstfest Weimar und die Kulturverwaltungen der Städte Chemnitz, Hamburg, Kassel, München und Nürnberg.

➔ <https://kein-schlussstrich.de>

Ukraine-Kriegsflüchtlinge: Übergang zu Hartz IV-Leistungen erleichtert

Bei der Umsetzung des von Bundestag und Bundesrat beschlossenen Wechsels von ukrainischen Geflüchteten in den Rechtskreis des SGB II/ XII ist eine große bürokratische Hürde beseitigt worden. Nun dürfen für Fälle bis zum 31. Mai 2022 auch Ersatzdokumente der Ausländerbehörden anerkannt und verwendet werden. Dem vorausgegangen war ein nachdrücklicher Einsatz des Deutschen Städtetages bei den zuständigen Bundesministerien und der Bundesagentur für Arbeit, betonte Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages:



Foto: Laurence Chaperon

„Jetzt können viele tausende Ukrainer wie geplant ab 1. Juni Leistungen nach Sozialgesetzbuch II erhalten und von den Jobcentern betreut werden.“

Helmut Dedy
Hauptgeschäftsführer
des Deutschen Städtetages

„Jetzt können viele tausende Ukrainer wie geplant ab 1. Juni Leistungen nach Sozialgesetzbuch II erhalten und von den Jobcentern betreut werden. Ohne diese Entscheidung wären tausende Geflüchtete aus der Ukraine von diesen Leistungen über Monate ausgeschlossen. Es ist auch gelungen, den Betroffenen den doppelten Gang zur Ausländerbehörde zu ersparen, um neue Dokumente ausfüllen und sich erneut registrieren zu müssen.“

Die SGB II-Anträge können die Geflüchteten ab sofort stellen. Sie werden durch das Jobcenter bearbeitet und gelten ab Juni. Danach läuft zwischen den Betroffenen und den Jobcentern ein regelmäßiger Austausch: sie werden beraten, zu Bewerbungen vermittelt, die Anerkennung von Ausbildungen läuft in enger Kooperation mit den Geflüchteten. Die Leistungen werden außerdem befristet bewilligt, wie bei allen anderen Leistungsberechtigten. Wer wieder in die Ukraine zurückreist, hat keinen Anspruch mehr auf Leistungen.“

Ein zwischen Bund und Ländern in Abstimmung befindlicher Weisungsentwurf der Bundesagentur für Arbeit hatte zunächst vorgesehen, dass nur solche ukrainischen Geflüchteten ins SGB II wechseln sollten, die zum 1. Juni 2022 eine Fiktionsbescheinigung auf dem offiziellen Vordruck der Bundesdruckerei vorweisen können. Dies hätte tausende Geflüchtete aus der Ukraine aus dem SGB II - Bezug ausgeschlossen. Die Bundesdruckereivordrucke waren nicht in notwendiger Menge verfügbar. Die Städte haben auf Ersatzdokumente zurückgegriffen. In den vergangenen Monaten haben so bereits viele tausende Geflüchtete eine Ersatz-Fiktionsbescheinigung der Ausländerbehörden erhalten.

Europa News 2|2022

Themen der aktuellen Ausgabe sind u. a. der Krieg in der Ukraine und die Hilfe für Geflüchtete, die EU-Kohäsionspolitik und Partnerschaftsvereinbarung mit Deutschland sowie neuen Vorschriften für fairen Datenzugang und Datennutzung. Die Europa News des Deutschen Städtetages berichten über Neuigkeiten aus der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament, dem Rat der Europäischen Union sowie dem Ausschuss der Regionen, die aus kommunalpolitischer Perspektive interessant sind.

➔ <https://t1p.de/europa-news-2022-2>



Städtetags-Positionspapier: Zukunft kommunaler Klimaschutz

Städte sind wichtige Akteure für das Gelingen des Klimaschutzes. Sie sind Treiber der Energiewende und des Klimaschutzes vor Ort, konzipieren Klimaschutzkonzepte und setzen investive Maßnahmen um. Kommunale Klimaschutzpläne, Energiemasterpläne, nachhaltige Mobilitätskonzepte und die mehr als 18.000 kommunalen Klimaschutzprojekte im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative belegen das Engagement. Das Positionspapier des Deutschen Städtetages greift neue Entwicklungen des kommunalen Klimaschutzes auf, insbesondere das neue Klimaschutzgesetz des Bundes, den Green Deal der EU sowie den aktuellen Bericht des Weltklimarates (IPCC).

➔ <https://t1p.de/popa-zukunft-klimaschutz>



Städtetags-Positionspapier: Städtebauförderung

Die Städtebauförderung ist eines der wichtigsten Instrumente, um lebenswerte Quartiere und Zentren zu gestalten. Das Instrumentarium ist komplex in der Anwendung und zugleich zielgenau in der Wirkung. Die bisherigen Regeln der Fördersystematik zur Verteilung, Vergabe und Abrechnung der Fördermittel, ihre Kleinteiligkeit und die gestiegenen Anforderungen an die Kommunen machen die Umsetzung aber auf allen Ebenen (Bund, Länder und Kommunen) verfahrens- und arbeitsintensiv. Das aktuelle Papier zeigt auf, welche Prozesse und Strukturen die Städtebauförderung effizienter und wirksamer machen würden.

➔ <https://t1p.de/positionen-staedtebaufoerderung>

Neu im Amt



Foto: Michael Kranz

Magdeburg: Neue Oberbürgermeisterin von Magdeburg wird **Simone Borris** (parteilos). Sie folgt am 1. Juli auf Dr. Lutz Trümper, der nicht noch einmal zur Wahl angetreten war. Der Sozialdemokrat geht nach 21 Jahren an der Spitze der Stadt in den Ruhestand. Dr. Trümper engagiert sich seit 2001 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Foto: Andrzej Lazowski

Wolgast: **Martin Schröter** (Wählergemeinschaft Kompetenz für Wolgast) wird neuer Bürgermeister von Wolgast. Er tritt sein Amt Mitte Oktober an und folgt auf Stefan Weigler, der die Geschicke der Stadt seit 2008 leitet. Der Christdemokrat engagierte sich von 2011 bis 2021 im Präsidium des Deutschen Städtetages.

Geburtstage



Foto: Corny Kurz

Doris Baumgartl (Unabhängige Bürgervereinigung), Oberbürgermeisterin der Stadt Landsberg am Lech, feiert am 24. Juni ihren 60. Geburtstag. Seit 2020 steht sie an der Spitze der Stadt.



Foto: Landeshauptstadt Kiel, Marco Knopp

Oberbürgermeister **Dr. Ulf Kämpfer**, Landeshauptstadt Kiel, begeht am 16. Juni seinen 50. Ehrentag. Der Sozialdemokrat führt seit 2014 die Geschicke der Stadt. Er engagiert sich seit 2017 im Präsidium und seit 2018 im Hauptausschuss und ist Stellvertreter des Präsidenten des Deutschen Städtetages.



Foto: Georg Kronenberg

Dr. Thomas Spies, Oberbürgermeister der Stadt Marburg, feiert am 27. Juni seinen 60. Geburtstag. Der Sozialdemokrat führt die Geschicke der Stadt seit 2015 und engagiert sich seit 2021 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Foto: Thomas Goethe - Fotoatelier Goethe

Der Oberbürgermeister von Cottbus, **Holger Kelch**, wird am 2. Juli 55 Jahre alt. Der Christdemokrat steht seit 2014 an der Stadtspitze und ist seit 2018 Mitglied im Hauptausschuss und seit 2020 im Präsidium des Deutschen Städtetages.



Foto: Romy Pitzschke Fotodesign

Oberbürgermeister **Dr. Manfred Wilde** (parteilos), Stadt Delitzsch, begeht am 6. Juli seinen 60. Ehrentag. Er steht seit 2008 an der Spitze der Stadt und ist seit 2012 Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Der Wandel kommt überall hin. Gut, dass wir schon da sind.

Deutschlands starke Partnerin für Nachhaltigkeit.

Auf dem Weg in eine nachhaltigere Zukunft kann ganz Deutschland auf die Unterstützung der Sparkassen-Finanzgruppe zählen. Mit der größten Finanzierungssumme für den Mittelstand und als Partnerin von 40 Millionen Privatkundinnen und -kunden machen wir uns stark für einen Wandel, der für alle zum Erfolg wird. Im Großen wie im Kleinen. Mehr erfahren: sparkasse.de/mittelstand



Weil's um mehr als Geld geht.



Herausgeber:
Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin
Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18-32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de
Internet: www.staedtetag.de

Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Helmut Dedy

Verantwortlich: Volker Bästlein
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Uwe Schippmann

Gestaltung: DITHO Design, Köln
Layout: Anna-Maria Roch
Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs
Medeya Kommunikation, Bad Honnef

Telefon: 02224/1874-510
Fax: 02224/1874-495
E-Mail: diederichs@medeya.de